

Antragsbereich V / **Antrag V4**

**AntragstellerInnen:** Jusos Bayern

**Empfänger:** Landesparteitag

**V4: Ein Tarif für ganz Bayern**

Für uns ist klar, dass die Haupthürde einer verstärkten ÖPNV-Nutzung in Bayern ein

unzureichendes Angebot insbesondere im ländlichen  
5 Raum ist. Dieses muss

ausgebaut und deutlich verbessert werden. Einen Beitrag dazu kann eine Reform der

10 Tarif- und Verkehrsverbünde in Bayern leisten, denn um die Struktur der Tarif- und

Verkehrsverbünde in Bayern ist es schlecht bestellt. In keinem anderen Bundesland

15 gibt es so viele Landkreise und kreisfreie Städte, die keinem Verbund angehören.

Während in Bayern zehn Landkreise und kreisfreie  
20 Städte keinem oder nur teilweise

(Dillingen, Bad Tölz-Wolfratshausen) einem Verbund angehören, sind es im Rest der

25 Bundesrepublik gerade einmal sieben Landkreise, die keinem Verbund angehören. In

weiteren Landkreisen wird gerade einmal eine Fahrplankoordination betrieben, einen

30

gemeinsamen Tarif gibt es aber nicht (in Oberbayern z. B. Rosenheim, Garmisch-

Partenkirchen und Altötting).

35

Neben diesem grundsätzlichen Mangel der fehlenden Integration in einen Tarif- und

Verkehrsverbund sind die Zersplitterung sowie die  
40 fehlende Integration des

Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) als größte Mängel der bestehenden Tarif- und

45 Verkehrsverbände zu nennen. Kleinere Verbände wie sie rund um Augsburg,

Ingolstadt, Regensburg oder Würzburg bestehen, sind landesweit kaum von

50

Bedeutung. Sie werden dem Anstieg der z. B. von Berufspendler\*innen

zurückgelegten Distanzen nicht mehr gerecht. Die  
55 Nutzung des ÖPNV scheitert daher

neben dem unzureichenden Angebot häufig an Verbundgrenzen. Der Erwerb

60 mehrerer Fahrkarten macht die Nutzung des ÖPNV nicht nur zeitaufwendiger,

sondern ist oftmals auch teurer als eine vergleichbare  
Strecke innerhalb eines

65

Tarifverbundes.

Wir begrüßen daher die aktuellen Bestrebungen zur  
Erweiterung der bestehenden

70

Tarif- und Verkehrsverbünde wie sie derzeit z. B. für  
den MVV vorbereitet werden. Wir

halten diese Erweiterungen aber bei Weitem nicht für  
ausreichend, um attraktive

75

Verbundräume zu schaffen, die wesentlich zur Stär-  
kung des ÖPNV beitragen. Die

bestehenden Verbünde sollen daher er-  
weitert werden. Insbesondere mit ei-  
ner Fusion des MVV, AVV  
und VGI wollen wir mittelfristig einen bedeutenden

80

Verbund im südbayerischen Raum schaffen. Perspek-  
tivisch ist das Ziel ein

85

landesweiter Verbund wie es ihn z. B. in Berlin und  
Brandenburg seit über zwei

90

Jahrzehnten gibt.

Die Schaffung eines einzigen, bayernweiten Tarif- und  
Verkehrsverbundes halten wir

95

für eine zentrale Voraussetzung zur Schaffung landesweiter 365€-Tickets und

100 schließlich auch des kostenlosen ÖPNVs in Bayern.  
Klar ist, dass ein solcher Verbund

nicht zentralistisch, sondern dezentralisiert und mit zahlreichen Querverbindungen

105 aufgebaut werden muss. Solche Querverbindungen fordern wir insbesondere für

mittelgroße Städte wie Rosenheim oder Hof, die auch als regionale Knotenpunkte

110 dienen sollen. Um diese Knotenpunkte herum soll es auch ausreichend

Nachtverbindungen geben, um den Nahverkehr für  
115 junge Menschen attraktiv zu

machen. Der Aufbau eines verständlichen und einfachen Tarifsystems stellt bei einem

120 so großen, dezentralisierten Verbund eine besondere Herausforderung dar. Hier sind

auch die Chancen der Digitalisierung zu Nutzen und Beratungsangebote via

125 Videoschalte, nutzer\*innenfreundliche Fahrkartenautomaten sowie App-Angebote so

auszulegen, dass automatisch der günstigste Tarif

130 gewählt wird.

Uns ist es wichtig, dass die Organisation des ÖPNVs und insbesondere der

135 Tarife durch die öffentliche Hand wahrgenommen wird. Wir bevorzugen daher

Verbünde, die als Aufgabenträger\*innenverbund von Freistaat und Kommunen

140

(Landkreise und kreisfreie Städte) getragen werden. Unternehmensverbünde

oder Mischverbünde von Aufgabenträger\*innen und  
145 Unternehmen, in denen

privatwirtschaftlich arbeitende Unternehmen Einfluss auf die Ausgestaltung

150 des ÖPNVs und der Tarife haben, lehnen wir ab. Je größer ein Verbund wird,

desto zahlreicher werden die vertretenen Kommunen und desto komplexer wird

155

auch die Abstimmung mit und unter den Kommunen. Wir fordern daher eine

Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip in den Gesell-  
160 schafter\*innenversammlungen

der Verbünde. Des Weiteren soll sich das Stimmgewicht der Kommunen an der

165 vertretenen Bevölkerung orientieren.

Um den Nutzen eines großflächigen Tarifverbundes auch auf angrenzende

170 Bundesländer sowie Nachbarstaaten zu erweitern, sind entsprechend großzügige

Übergangsbereiche in benachbarte Verbände zu schaffen. Die Größe des Verbundes

175

und großzügige Übergangsbereiche sollen insbesondere Pendler\*innen im gesamten

Verbundraum massiv entlasten.